

Sitzungsunterlagen

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Kreisausschusses

03.11.2021

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift Kreisausschuss öffentlich

5

NIEDERSCHRIFT

über die **11.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **03.11.2021**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Jakob Beyen
 3. Frau Barbara Brand
 4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
 5. Frau Katharina Reinhold
 6. Herr Richard Streck
 7. Herr Dr. Dieter Welsink
- Vertretung für Herrn Welter
- Vertretung für Herrn Wappenschmidt

• SPD-Fraktion

8. Herr Udo Bartsch
 9. Frau Doris Hugo-Wissemann
 10. Herr Stefan Schmitz
 11. Herr Rainer Thiel
- bis 17:20 Uhr

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12. Frau Swenja Krüppel
13. Herr Simon Rock

14. Frau Angela Stein-Ulrich

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

16. Herr Carsten Thiel

• **AfD-Fraktion**

17. Herr Dirk Helmut Kranefuss

• **Gäste**

18. Herr Georg Schmidt

Zu NÖ TOP 3

19. Frau Monika Zimmermann

• **Verwaltung**

20. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge

21. Herr Dezernent Ingolf Graul

22. Herr Benjamin Josephs

23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes

24. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

25. Herr Marcus Temburg

26. Herr Dezernent Harald Vieten

• **Schriftführerin**

27. Frau Janine Conrads

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	5
2.1.	Sportausschuss am 14.09.2021	5
2.2.	Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 23.09.2021.....	5
2.3.	Naturschutzbeirat am 28.09.2021	6
2.4.	Schul- und Bildungsausschuss am 05.10.2021	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
3.1.	Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 07.09.2021	6
3.2.	Doppelausschuss für Strukturwandel und Arbeit & Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss am 16.09.2021	6
3.3.	Finanzausschuss am 27.09.2021	7
3.4.	Gesundheitsausschuss am 30.09.2021	7
4.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: September - November 2021 Vorlage: 61/0880/XVII/2021	7
5.	Regionalarbeit Stand: September - November 2021 Vorlage: 61/0879/XVII/2021	8
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Oktober 2021) Vorlage: ZS5/0875/XVII/2021	8
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/0881/XVII/2021	8
8.	COVID-19: Aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 013/0888/XVII/2021	9
8.1.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion	10
9.	Neuausrichtung der Landesförderung der Schulsozialarbeit – Fortführung durch den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/0884/XVII/2021.....	10
10.	Anträge.....	11
11.	Mitteilungen	11
12.	Anfragen	12

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.10.2021 zum
Thema "Risiko von Überschwemmungen - AS Delrath/ K33n/ Gewerbegebiet
Silbersee" Vorlage: 010/0869/XVII/2021 13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlagen zur Verfügung gestellt:

zu Top 3 nÖ „Fusion Rheinland Klinikum Neuss GmbH“	- Präsentationen ☒
zu Top 4 nÖ „Sachstand Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH“	4.1. Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2021 ☒ 4.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2021 ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordnete Swenja Krüppel bat um Aufnahme des interfraktionellen Antrages zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Stand Fusion Rheinland Klinikum Neuss GmbH“.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke nahm auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Swenja Krüppel den interfraktionellen Antrag zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Stand Fusion Rheinland Klinikum Neuss GmbH“ auf die Tagesordnung auf.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sportausschuss am 14.09.2021

KA/20211103/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sportausschusses vom 14.09.2021 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 23.09.2021

KA/20211103/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing vom 23.09.2021 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Naturschutzbeirat am 28.09.2021**KA/20211103/Ö2.3****Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Naturschutzbeirates vom 28.09.2021 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Schul- und Bildungsausschuss am 05.10.2021**KA/20211103/Ö2.4****Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schul- und Bildungsausschusses vom 05.10.2021 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften**3.1. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 07.09.2021****KA/20211103/Ö3.1****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 07.09.2021 zur Kenntnis.

3.2. Doppelausschuss für Strukturwandel und Arbeit & Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss am 16.09.2021**KA/20211103/Ö3.2****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Doppelausschusses für Strukturwandel und Arbeit & Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss am 16.09.2021 zur Kenntnis.

3.3. Finanzausschuss am 27.09.2021

KA/20211103/Ö3.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Finanzausschusses am 27.09.2021 zur Kenntnis.

3.4. Gesundheitsausschuss am 30.09.2021

KA/20211103/Ö3.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Gesundheitsausschusses am 30.09.2021 zur Kenntnis.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Stand: September - November 2021

Vorlage: 61/0880/XVII/2021

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Barbara Brand erkundigte sich, ob es eine Frist für die Prüfung der Anträge bei der Bundesnetzagentur zum Netzausbau gebe und ob bekannt sei, wann entsprechende Baumaßnahmen im Rhein-Kreis Neuss stattfinden würden.

Landrat Hans-Jürgen Petraschke sicherte zu, die Beantwortung dem Protokoll beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Antragskonferenzen zu den Planfeststellungsverfahren werden voraussichtlich Dezember 2021 (Ultranet) und Januar 2022 (A-Nord) durch die Bundesnetzagentur durchgeführt.

Die Fa. Amprion rechnet damit, dass die Planfeststellungsverfahren inklusive der Öffentlichkeitsbeteiligungen im Zeitraum 2022-2025 durchgeführt werden.

Der Baustart würde dann im Anschluss an das jeweilige Planfeststellungsverfahren erfolgen.

KA/20211103/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

5. Regionalarbeit
Stand: September - November 2021
Vorlage: 61/0879/XVII/2021

KA/20211103/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Oktober 2021)
Vorlage: ZS5/0875/XVII/2021

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass die Arbeitslosenzahlen der Vorlage sich noch auf September 2021 beziehen würden. Im Oktober liege die Arbeitslosenquote bei 5,4 %. Besonders erfreulich sei der erhebliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit.

KA/20211103/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Oktober 2021) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/0881/XVII/2021

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Simon Rock erläuterte, dass für den Haushaltsansatz 2021 ein Nettoaufwand von rd. 23,59 Mio. € veranschlagt sei. In Spalte 12 der Tabelle sei hingegen für den Zeitraum von Januar bis September ein entstandener Aufwand von bereits rd. 25,25 Mio. € ausgewiesen. Da der entstandene Aufwand höher als der veranschlagte Ansatz sei, erkundigte er sich, ob der Ansatz in diesem Jahr überschritten werde.

Kreisdirektor Dirk Brügge antwortete, dass der Ansatz zu den Kosten der Unterkunft ohne Flüchtlings KdU in Höhe von 68,8 Mio. € maßgeblich sei. Dem sind die Gesamtaufwendungen von Januar bis September in Höhe von rd. 64,78 Mio. € gegenüberzustellen. Der angesprochene Nettoaufwand von 23,59 Mio. € beziehe sich auf die Erstattungen, die abgezogen werden. Vor dem Hintergrund der Arbeitslosenzahlenentwicklung durch die verstärkten Aktivitäten des Jobcenters, gehe der Kreis derzeit davon aus, dass der Ansatz nicht überschritten werde. Er bot an, dass in einem gemeinsamen Gespräch die jährlichen Zahlungsflüsse erläutert und über eine andere Darstellung der Zahlen beraten werden könne.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass durch die unterschiedlichen Rechnungsläufe des Kreises und der Bundesagentur der Aufwand im Januar verdoppelt und dafür im Dezember entsprechend reduziert werde. Folglich müssten anstatt drei Monate, für dieses Jahr nur noch zwei Monate addiert werden.

Kreisdirektor Dirk Brügge merkte an, dass für 2022 der Bund die flüchtlingsbedingten Kosten nicht mehr voll erstatten werde.

KA/20211103/Ö7

8. COVID-19: Aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 013/0888/XVII/2021

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass die Inzidenz derzeit wieder erheblich steige. Leider sei auch ein 55-jähriger Ungeimpfter aus Neuss an COVID-19 verstorben. Er hob in diesem Zusammenhang hervor, dass an den mobilen Teststationen des Kreises auch Booster-Impfungen angeboten würden. Die Boosterimpfung stehe für alle Personen, die über 70 Jahre alt und deren Zweitimpfung länger als sechs Monate zurückliege, zur Verfügung. Aktuelle stehe zudem zur Diskussion, ob die Impfzentren wieder geöffnet werden sollten. Das Impfzentrum des Rhein-Kreises Neuss sei in den letzten Monaten vor der Schließung in der vorhandenen Kapazität nicht ausgelastet gewesen. Deswegen bereite sich der Kreis vor, anderweitig drei dauerhafte Impfstraßen anbieten zu können, die den erwarteten Bedarf decken würden. Die Durchführung der Boosterimpfungen in den Senioreneinrichtungen verzeichne einen positiven Fortschritt. Er befürworte in dem Zusammenhang eine gleichzeitige Impfung des Pflegepersonals. In der Videokonferenz mit dem MAGS sei verdeutlicht worden, dass es keine Impfzentren in der bisherigen Größe mehr geben werde.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss führte aus, dass die 7-Tages-Inzidenz nicht nach Ungeimpften und Geimpften differenziert ausgewiesen werde. Die bisherigen Inzidenzen sollten ausschließlich für ungeimpfte Personen erhoben werden, da ansonsten die Inzidenz zu hoch ausgewiesen werde und es zu einem unberechtigten Lockdown kommen könnte. Zur einwandfreien Beurteilung der Gefährdungslage sei es sinnvoll die Wiederansteckungsquote der geimpften Personen zu erfassen. Deswegen beantrage er, die Neuinfektionen, Erkrankten und Verstorbenen differenziert nach geimpften und ungeimpften Personen auszuweisen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass bei einer hohen Impfquote der Prozentsatz der infizierten Geimpften steige. Auch geimpfte Personen könnten sich infizieren und den Virus weitergeben, allerdings sei die Gefahr einer Infektion und eines schweren Krankheitsverlaufs geringer.

Kreistagsabgeordneter Simon Rock merkte an, dass in der vergangenen Kreisausechusssitzung bereits eine Differenzierung thematisiert worden sei. Technisch sei dies nicht umsetzbar. Darüber hinaus erkundigte er sich, ob die Kassenärztliche Vereinigung die Auffassung vertrete, dass die Impfungen von den niedergelassenen Ärzten übernommen werden könnten und kein Anlass zur Öffnung der Impfzentren gesehen werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass die Impfzentren geschlossen sind, jedoch mobile Impfteams weiterhin im Einsatz seien. Sollten die niedergelassenen Ärzte erklären, dass die Boosterimpfungen nicht durchführbar seien, könnten Impfstraßen vom Kreis eingerichtet werden.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erkundigte sich, ob mobile Impfungen auch in den behinderten Werkstätten und Einrichtungen geplant seien.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Einrichtungen möglichst von niedergelassenen Ärzten betreut werden sollten. Wenn dies nicht der Fall sei, könnten auch mobile Impfungen angeboten werden.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss fragte, ob die Zahl der geimpften infizierten Personen bekannt sei und wie die Einschätzung sei, wenn die Zahl der geimpften die Zahl der ungeimpften Infizierten übersteigen würde.

Die Zahl sei nicht erhoben worden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Die Zahl der geimpften Infizierten steige derzeit, da möglicherweise die Wirkung der Impfstoffe langsam nachlasse. Darüber hinaus werde sich an den Vorgaben des Robert Koch Instituts orientiert.

8.1. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion

KA/20211103/Ö8.1

Beschluss:

Der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion, die Neuinfektionen, Erkrankten und Verstorbenen differenziert nach geimpften und ungeimpften Personen auszuweisen, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme (AfD)

16 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum, LR)

9. Neuausrichtung der Landesförderung der Schulsozialarbeit – Fortführung durch den Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 40/0884/XVII/2021

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass es auf der zweiten Seite der Vorlage heißen müsse: (...) die Gesamtausgaben sind als Eigenanteil durch den Rhein-Kreis Neuss zu tragen, anstelle auszuschreiben.

Weiter berichtete er, dass in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten die Anregung gekommen sei, die Schulsozialarbeit nicht fest beim Kreis zu verankern. Es sei der Wunsch geäußert worden, dass die Fördergelder an die Städte und Gemeinden zur eigenen Übernahme der Aufgaben übertragen werden. Die Auffassung wurde von den Bürgermeistern unterschiedlich geteilt. Er habe den Bürgermeistern zugesagt, dass der

Beschluss aufgrund dessen offener zur Kenntnis genommen werde. Im weiteren Verlauf werde der Rhein-Kreis Neuss zunächst den Antrag stellen und die Optionsmöglichkeit für die Kommunen prüfen.

Kreistagsabgeordnete Angela Stein-Ulrich führte aus, dass eine Übertragung an die Jugendämter aufgrund der Verlegung des Rechtsgebietes aus dem SGB II in das SGB VIII sinnvoll sei. Zudem seien die BuT-Sozialarbeiter nicht ausschließlich den Kreisschulen zugeordnet.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass in den Förderrichtlinien Beträge für die einzelnen Städte und Gemeinden ausgewiesen seien. Eine Übernahme der Städte und Gemeinden würde dazu führen, dass die Schulsozialarbeiter des Kreises an den Kreisförderschulen von den Städten und Gemeinden entsendet werden müssten.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes merkte an, dass die Schulsozialarbeit auch im Landesschulgesetz NRW verankert sei. Folglich sei eine Ableitung der Priorität alleine aus dem SGB problematisch.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erklärte, dass die Thematik bisher im Ausschuss für Soziales und Wohnen behandelt worden sei und erkundigte sich, ob die Thematik zukünftig im Schul- und Bildungsausschuss behandelt werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass die Verwaltung diese Auffassung teile.

Das Thema Schulsozialarbeit solle weiterhin beim Kreis verankert bleiben, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel. Andernfalls müsse auch eine Abgabe des Kreispersonals an die Städte und Gemeinden erfolgen, da aufgrund des Fachkräftemangels alleine mit den Fördergeldern die Aufgabe nur schwer erfüllt werden kann.

KA/20211103/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss begrüßt die Neuausrichtung der Schulsozialarbeit und prüft die Zweckmäßigkeit der Weiterleitung der Fördermittel an die Städte und Gemeinden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Anträge

Protokoll:

Es wurden keine Anträge gestellt.

11. Mitteilungen

Protokoll:

Es lagen keine Mitteilungen vor.

12. Anfragen

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Richard Streck erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand zum Schülerspezialverkehr.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes erläuterte, dass die Schülerzahl im großen Bus auf 25 Schüler/innen reduziert worden sei. Die in Grevenbroich wohnhaften Kinder seien auf andere Busse verteilt worden, damit die Fahrzeit von 60 Minuten eingehalten werden kann. Ab dem 15.11.2021 werde im großen Bus auf Kosten des Rhein-Kreises Neuss eine weitere Busbegleitung eingesetzt, um die Anschallzeiten beim Ein- und Ausstieg zu verkürzen und eine bessere Betreuung während der Fahrt zu gewährleisten. Des Weiteren werde der Kreis eine zusätzliche Buslinie für Schüler/innen mit Wohnsitz in den „Randbereichen“ in Auftrag geben. Mit dieser Linie sollen Kinder aus dem Neusser Süden oder Dormagen zur Mosaikschule befördert werden. Derzeit werde vom Rechnungsprüfungsamt geprüft, ob die Vergabe dieser Linie in einem weiteren Vergabeverfahren erfolgen muss, obwohl ein Angebot des Busunternehmens für eine Zusatzlinie im letzten Vergabeverfahren abgegeben wurde. Soweit die Verwaltung auf dieses Angebot zurückgreifen dürfe, wird die Zusatzlinie aller Voraussicht nach zum 15. November 2021 eingerichtet. Andernfalls sei die Beauftragung der Linie nach Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung möglich.

Weiter führte er aus, dass den Wünschen einiger Eltern zur Einrichtung privater Haltestellen nicht entsprochen werden könne. Eine Abgabe von Haftungsfreistellungserklärungen sei nicht möglich. Wenn sich der Schülerspezialverkehr der Mosaikschule jedoch eingespielt habe, wäre es möglich, dass der Rhein-Kreis Neuss auf Antrag der Schulleitung die Haltestellen mit dem Busunternehmen anpasse, soweit dies im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule wünschenswert ist und die Fahrzeit aller beförderten Kinder sich dadurch nicht erheblich verlängert. Eine Anpassung solle zum Beginn eines Schulhalbjahres erfolgen und wäre zum 01.02.2022 erstmalig möglich. Darüber hinaus seien der Schule zur Verkürzung der Ein- und ausstiegszeiten vom Schulverwaltungsamt Verbesserungsvorschläge unterbreitet worden. Bei der Organisation handele es sich jedoch um eine innere Schulangelegenheit, so dass eine Umsetzung der Schule obliegt. Soweit die Schule ein anderes Verfahren umsetzen wolle und hierzu bauliche Maßnahmen in einem überschaubaren und vertretbaren Maß erforderlich würden, wird die Umsetzbarkeit wohlwollend geprüft. Abschließend solle mit diesen Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Beförderung für alle Schüler/innen, die den Schülerspezialverkehr in Anspruch nehmen, in der Regel nicht länger als 60 Minuten dauert.

Kreistagsabgeordneter Simon Rock fragte, inwieweit Vertragsstrafen bei nicht vollumfänglicher Erfüllung der ausgeschriebenen Anforderungen vorgesehen seien.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes antwortete, dass für die Kinder aus den „Randbereichen“ im Verfahren 75 Minuten vorgesehen seien. Die Zeitvorgabe sei auf Anregung eines Anbieters in das Vergabeverfahren aufgenommen worden. Im jetzigen Verfahren solle die Zeit auf 60 Minuten reduziert werden. Das stelle kein Fehlverhalten des Busunternehmens dar. Die Einhaltung der 60 Minuten werde zwar kontrolliert, aber nicht im Rahmen von Vertragsstrafen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich, ob bei der Anpassung auf 60 Minuten die vorherige Ausschreibung oder das Angebot unzureichend gewesen sei und nun eine Problematik bei der Ausschreibung entstehe, da möglicherweise ein anderer Anbieter günstiger gewesen wäre.

Die Gleichbehandlung der Bieter im ursprünglichen Vergabeverfahren durch die zusätzliche Linie bleibe gewahrt, so Kreisdezentrat Tillmann Lonnes, da die Vergabe der Zusatzlinie sich nicht auf die Reihenfolge des günstigsten Angebotes auswirke. Selbst, wenn es den unterlegenden Anbietern ohne die zusätzliche Linie möglich gewesen wäre, die Beförderung der Schüler/innen nicht in 75 Minuten, sondern innerhalb von in der Regel 60 Minuten sicher zu stellen, hätten sie nicht das preisgünstigste Angebot abgegeben.

**12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
04.10.2021 zum Thema "Risiko von Überschwemmungen - AS Del-
rath/ K33n/ Gewerbegebiet Silbersee"
Vorlage: 010/0869/XVII/2021**

Protokoll:

Kreisdezentrat Karsten Mankowsky ergänzte, dass die Bezirksregierung Köln nach dem Hochwasser im Juli eine Simulation durchgeführt habe. Die Verwaltung habe bei der Bezirksregierung Düsseldorf angefragt, ob ebenfalls eine neue Simulation geplant sei. Die Bezirksregierung Düsseldorf habe geantwortet, dass derzeit keine Notwendigkeit für eine neue Simulation besteht, da eine gute Übereinstimmung mit dem vorhandenen Hochwasserkarten gesehen werde. In Bezug auf das Gewerbegebiet Silbersee sei anhand der beigefügten Gefahrenkarte erkennbar, dass kein Überschwemmungsrisiko der Entwicklung des Gebietes entgegenstehe.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke wies darauf hin, dass am 16.11.2021 im Kreissitzungssaal eine Informationsveranstaltung zum Thema „Hochwassergefahren und Hochwasserschutz im Rhein-Kreis Neuss“ stattfinden werde.

Kreisdirektor Dirk Brügge teilte mit, dass im Rhein-Erft Kreis die Hochwasserkarten die dortigen Ereignisse zutreffend abgebildet hätten.

Kreistagsabgeordneter Simon Rock erkundigte sich, inwieweit die Aktualisierung der Gefahrenkarten im Einklang mit dem laufenden Planfeststellungsverfahren für die Anschlussstelle Delrath stehe.

Kreisdezentrat Karsten Mankowsky antwortete, dass die Hochwassersituation Bestandteil der Planungen gewesen sei. Der beigefügten Karte in der Vorlage sei zu entnehmen, dass die Anschlussstelle Delrath noch weiter entfernt vom Risikobereich liegt, als das Gewerbegebiet Silbersee.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung

